

Klerus, parallel zum Vorschlag des Kirchenfonds, auf dem Land in aller Stille eine inzwischen gut funktionierende Organisation aufgebaut, die sich „Duszpasterstwo Rolników“ (Bauern-Seelsorge) nennt.

An der Spitze der frommen Bauernbewegung steht der Weihbischof von Kielce, Jan Gurda, der als Bauernsohn aufgewachsen und mit den Sorgen der Dörfler vertraut ist. Zweck der Organisation: religiöse und soziale Hilfe. Gurda: „Das eine läßt sich vom anderen nicht trennen, so steht es in der Soziallehre der Kirche.“

Die Arbeit an der Basis haben die örtlichen Pfarrer übernommen; inzwischen sind sie so erfolgreich, daß nach Urteil von Eingeweihten die ländlichen Kirchenzirkel die erste und einzige Organisation polnischer Bauern seit dem Zweiten Weltkrieg sind.

Die Kommunistische Partei war, von Funktionären abgesehen, auf dem Lande nie wirklich präsent. Selbst die „Land-Solidarität“ hat mit ihrem gewerkschaftlichen Anspruch nur 20 Prozent der privaten Kleinbauern gewinnen können. Mehr als die Hälfte der Privaten aber bekennen sich heute offen oder heimlich als Anhänger der „Seelsorge“.

Auf der Suche nach einem sinnvollen Beschäftigungsfeld hat die „Bauern-Seelsorge“ im ganzen Land eine informelle ländliche Volkshochschule aufgebaut, Gesprächskreise, in denen nicht nur über religiöse oder fachliche Themen geredet wird.

Eingeladene Gastredner wie Professor Wierzbicki von der Polnischen Akademie der Wissenschaften diskutieren mit den Bauern über Themen wie „Die polnischen Nationalaufstände“ oder „Tradition der Selbstverwaltung auf dem Lande“.

Dieser staatsbürgerliche Unterricht macht dem Staat zunehmend zu schaffen. Erst kürzlich haben die Behörden das gestiegene Selbstbewußtsein auf dem Lande zu spüren bekommen. Im „Kruzifix-Krieg“ weigerten sich Eltern und Schüler der Landwirtschaftsschule von Mietne, dem Behördendekret zu folgen und die in den Klassenräumen aufgehängten Kruzifixe abzunehmen. Nur mit einem Kompromiß konnte sich der Staat nach drei Monaten Schulstreik durchsetzen.

Die Geheimpolizei hat sich auf diese neue Front bereits eingestellt. Ein Dorflehrer zum SPIEGEL: „Mitunter werden Bauern zur Polizei bestellt und unter einem Vorwand nach dem Inhalt des Vortrages beim letzten ‚Seelsorge‘-Treffen und dem Namen des Gastreferenten ausgefragt.“

Auch darauf wissen die Bauernzirkel zu reagieren. Als kürzlich in Zakrocym ein Kapuzinermönch vor den Bauern einen Vortrag hielt, warnte eine Geheimparole („Wölfe kommen dem polnischen Hof zu nahe“) vor ungeladenem Polizeibesuch. Kein Wunder, daß die



**Streikende Landwirtschaftsschüler in Mietne\*:** Selbstbewußt im Kruzifix-Krieg

Regierenden Polens fürchten, die West-Milliarden könnten in die Hände dieser kirchlichen Bauernorganisation fließen.

Doch womöglich löst sich auch dieses Problem des Jaruzelski-Regimes von selbst: Die westliche Hilfsbereitschaft für Polen hat in den vergangenen zwei Jahren spürbar abgenommen; Kirche, Regierungen und private Spender im Westen streiten sich heute darum, wer den Hauptteil der versprochenen Gelder aufzubringen hat.

Auch die Summen, die genannt werden, sind sehr viel bescheidener geworden. In Brüssel, der Hauptstadt der EG, ist nur noch von „zwei Milliarden Mark“ die Rede, wovon – im Laufe der nächsten fünf Jahre – „je 500 Millionen die EG und die USA und eine Milliarde die Kirche stiften soll“. Eine erste Rate für sechs vorgesehene Pilotprojekte darf 20 Millionen Mark nicht überschreiten.

Kirchenführer im Westen haben bereits abgewinkt: Der Beitrag der Kirche sei „höchstens symbolisch zu verstehen“ – konkrete Zahlen wollte niemand mehr nennen. Auch die EG sperrt sich: Kommissionspräsident Gaston Thorn hat schon vor dem großen Beitragskrach erklärt, Polen-Hilfe aus dem leeren EG-Topf sei derzeit unmöglich.

Die Hoffnungen der polnischen Bischöfe liegen nun im vermeintlich reichen Amerika. Doch auch für die USA hat das polnische Unternehmen „Kirchenfonds“ nur noch einen untergeordneten politischen Wert, seit Präsident Reagan das strenge Embargo gegen Polen gelockert hat – Wahlkampf kann er mit dem Thema kaum noch machen.

Fest steht bislang eigentlich nur, daß der polnische Arbeiterführer Walesa die 500 000 Mark, die er für den ihm verlie-

henen Friedensnobelpreis bekommen hat, in den Kirchenfonds legen will – keiner weiß allerdings, zu welchen Bedingungen.

So spricht einiges dafür, daß die polnischen Bauern auf den Geldregen aus dem Westen noch einige Zeit warten müssen. Nur für Parteichef Jaruzelski wird das ideologische Problem, mit der Kirche paktieren zu müssen, deswegen nicht geringer.

In einer ZK-Debatte über den Kirchenfonds fragte der Genosse Józef Smolarz den General: „Fühlst du dich nicht wie ein Einzelbauer, der gleichzeitig Mitglied der höchsten Instanz einer Partei ist, dessen historisches Ziel darin besteht, das Privateigentum an den Produktionsmitteln abzuschaffen?“

Jaruzelskis Antwort war wenig optimistisch: „Wir müssen, lieber Józef, mit dieser Doppelbelastung leben. Aber ich bin sicher, daß ich sie schon weit vor meinem Ende ablegen kann.“

## SCHWEIZ

### Protest im Heidi-Land

**In den Alpen-Kantonen, vorab in Graubünden, wächst der Widerstand gegen eine weitere Entwicklung der Tourismus-Industrie.**

Für Hans Danuser, Lehrer in Arosa, ist „das Maß nun voll“. Zusammen mit über 500 anderen Einwohnern des berühmten Kurorts unterschrieb er im April ein Volksbegehren, um bei der Bewilligung neuer Bergbahnen mitreden zu können.

Bisher war der Gemeinderat, die kommunale Exekutive, allein für die touristi-

\* Mit zum Siegeszeichen gestreckten Fingern beim Protest-Gottesdienst.

sche Erschließung der Aroser Gebirgs-  
welt mit Sesselbahnen und Skiliften  
zuständig.

Nachdem im letzten Jahr zwei Sessel-  
bahnen erneuert wurden und ein Projekt  
schon im behördlichen Bewilligungsap-  
parat steckt, möchten Lehrer Danuser  
und seine Freunde weitere Bahnen ver-  
hindern.

„Die Bautätigkeit für den Winter-  
Tourismus“, schrieben die Bürger in  
einem Flugblatt, „hat in den vergan-  
genen Jahren ein solches Ausmaß er-  
reicht, daß es vielen unter uns langsam  
unheimlich wird.“

Unheimlich ist es nicht nur in Arosa  
den Einwohnern des Touristen-Kantons  
Graubünden: Seit klar ist, daß in der  
angeblich so gesunden Bergluft dieser  
„Ferienecke der Schweiz“ (Werbe-  
spruch) ein Viertel der Bäume stirbt,  
wächst der Widerstand gegen das weitere  
Wachstum der Tourismus-Industrie – ob-  
wohl jeder zweite Bündner direkt vom  
Gast-Gewerbe lebt.

Noch vor zehn Jahren hatten im Nor-  
den des Kantons, im Gebiet der Gemein-  
den Flims und Laax, die Naturschützer  
vergebens gekämpft – ein verlorener  
Haufen von Idealisten. Innerhalb weni-  
ger Jahre plante dort der einheimische  
Metzgerei-Unternehmer Walter Gurtner  
(Spitzname: „Idi Alpin“) ein als „weiße  
Arena“ bekanntes Skipistennetz und  
überzog die Hänge mit Seilbahnen und  
Skiliften.

Sein ungezügelt Unternehmertum  
trug ihm schon zu Lebzeiten an der  
Talstation seiner Luftseilbahn ein Denk-  
mal ein, und als er vor einem Jahr, erst  
52, starb, lobten die Leid-Artikler der  
Lokalpresse unisono seinen unternehme-  
rischen Wagemut, dem immerhin 300  
Arbeitsplätze zu verdanken seien.

Über die Kehrseiten der Zielstrebig-  
keit – Bodenspekulation und unermess-  
liche Landschaftsschäden – fiel kein Wort.

Mittlerweile merken auch kleine Ge-  
meinden, die teilweise noch über be-  
trächtliche Landreserven verfügen, daß  
die Wachstumspolitik ihnen mehr Nach-  
teile als Vorteile beschert: Der Bau von  
Zweitwohnungs-Bunkern und Hotel-Kä-  
sten, die heute Laax und Flims verschand-  
eln, belastet die meist bescheidene In-  
frastruktur der kleinen Dörfer. Ergiebi-  
ge Brunnen versiegen, plötzlich werden  
große Kläranlagen nötig – für die kurzen  
Saisonspitzen im Dezember, Februar  
und Juli. Und das Verschwinden unren-  
tabler Landwirtschaftsbetriebe läßt gan-  
ze Landstriche verwildern.

Aufgrund solcher Erfahrungen änder-  
te vor kurzem die Engadiner Gemeinde  
Bever ihr Baugesetz. Und in dem noch  
weitgehend intakten Paßdorf Splügen im  
Hinterrheintal wehren sich die Einheimi-  
schen gegen den Bau einer neuen Seil-  
bahn. Fast die Hälfte der Stimmberech-  
tigten verlangte Mitte März in einer  
Petition Mitsprache bei der weiteren tou-  
ristischen Erschließung des Gebiets.

Davos, wo einst Legionen von Lun-  
genkranken Heilung suchten, leidet ge-  
lassen unter gelegentlichem Smog. Doch  
der zur perfekt funktionierenden Kon-  
greßstadt verkommene Luftkurort opfert  
seinem Wachstum bewußt seine Som-  
merfrische-Klientel.

Im Nachbardorf Klosters hingegen  
setzte eine Bürgergruppe erfolgreich  
einen besseren Schutz der Landschaft  
und ein Verbot von Bauwerken durch,  
die das Ortsbild beeinträchtigen würden.

Vor allem die junge Generation er-  
kennt die Schattenseiten des Fremden-  
verkehrs. An einem „Tag der Alpenlän-  
der“ im Februar in München erläuterten  
Jugendliche einem Kreis von Politikern  
ihre Erfahrungen: Viele Kinder in Touri-  
sten-Zentren müssen zum Saisonbeginn

„einsetzen“. Was das heißt, machten  
die Fremden-Industriellen von St. Mo-  
ritz vor: Um die Verstärkung der flä-  
chenmäßig kleinsten, aber am dichtesten  
besiedelten Gemeinde des Oberengadins  
zu stoppen, ließen sie ein neues Bauges-  
etz ausarbeiten.

Im „Heidi-Land“ – wie die Gegend  
Japanern und Amerikanern verkauft  
wird, seit in der Nähe eine schulzige  
„Heidi“-Serie gedreht wurde – drängen  
in den Saisonspitzen zu den 6000 Ein-  
wohnern 3000 Arbeitskräfte und 12 000  
Gäste.

Der Preis dieser Touristenballung ist  
eine längst nicht mehr übersehbare  
Landschaftszerstörung, die vor allem an  
den plattgewalzten und schnell veröden-  
den Abfahrtspisten sichtbar ist.



**Schweizer Talstation:** „Der Gast bleibt, wo die Kuh bleibt“

ihre Zimmer für die Fremden räumen,  
sie sind gezwungen, die Sprache der  
Gäste zu sprechen und erleben monate-  
lang den Streß der Eltern mit, ihr ganzes  
Leben ist in der Saison auf die Bedürfni-  
se der Fremden ausgerichtet – nicht  
einmal Lärm dürfen sie machen. Denn  
die Gäste brauchen Ruhe, suchen Erho-  
lung.

Auch ein vom Schweizer Hotelier-  
Verein organisierter Zeichenwettbewerb  
illustriert die neu entdeckte Kehrseite  
des Tourismusbooms: Die Bilder, von  
12- bis 16jährigen gemalt, zeigen Hotel-  
burgen und Müllkippen; der Kanton  
Tessin – als „Sonnenstube der Schweiz“  
gepriesen – erscheint als riesiger Trich-  
ter, durch den sich der Transitverkehr  
zwängt.

Erleuchtet von dem jugendlichen Pro-  
test, wollen sich die Hoteliers nun ernst-  
haft für eine „umweltfreundliche und  
landschaftsschonende Tourismus-Poli-

Schon 1980 hatten die Bündner Bürger  
eine Olympia-Kandidatur ihrer berühm-  
ten Kurorte St. Moritz und Davos abge-  
schmettert; die St. Moritzer mochten  
nicht einmal ihre altherwürdige Corvi-  
glia-Bahn erneuern lassen; Anfang April  
sagten sie jetzt auch ja zum neuen Bau-  
gesetz, das – vielen allerdings zu wenig  
rigoros – Remedur schaffen will.

Der St. Moritzer Architekt Robert  
Obrist kritisierte in der „Weltwoche“,  
die neuen Bestimmungen seien „pro-  
blemverschleiern“ – unter anderem,  
weil sie Platz für weitere Hotelbauten  
ließen und nichts über den Schutz des  
Waldes sagten.

Denn ihren Wald brauchen die Bünd-  
ner nicht nur fürs Tourismus-Geschäft.  
Wenn die Bäume sterben, vergiftet von  
Abgasen aus Autos und Ölheizungen,  
werden viele Alpentäler unbewohnbar:  
Lawinen und Bergstürze bedrohen die  
Siedlungen. Den Angelpunkt einer neu-

en Tourismuspolitik für die Berggebiete sieht Hans Weiss, Geschäftsführer der „Schweizerischen Stiftung für Landschaftsschutz und Landschaftspflege“, in einem mehrjährigen Bewilligungsstopp für neue Bergbahnanlagen.

Trotz verschärfter Bestimmungen wurde nämlich zwischen 1979 und 1982 der Bau von 43 neuen Luftseilbahnen erlaubt – ein Drittel mehr als in den vier Jahren zuvor. In den letzten zehn Jahren konzessionierten die Berner Verkehrsbeamten 300 neue Skilifte. Jedes Jahr erhöht sich die stündliche Beförderungskapazität der Bergbahnen um 50 000 Personen.

Wenn das so weitergeht, kalkuliert Weiss, „wäre im Jahr 2010 mit 430 zusätzlichen Luftseilbahnen und 900 neuen Skiliften zu rechnen; die Zahl der Fahrgäste stiege von derzeit 300 Millionen jährlich auf 800 Millionen“.

Eine solche Entwicklung, rechnet Landpfleger Weiss vor, ist nicht nur ökologisch gefährlich, sondern auch volkswirtschaftlich absurd: Die Schweiz könnte einen solchen Zustrom von Touristen gar nicht aufnehmen.

Trotzdem erteilt das Bundesamt für Verkehr in hochentwickelten Skisportorten mit dem Hinweis auf die große Zahl von Fremdenbetten und angeblich unzumutbare Wartezeiten immer noch neue Bahnkonzessionen. In noch nicht erschlossenen Regionen wird die Bewilligung umgekehrt mit dem Entwicklungsrückstand begründet.

Um die Bettenkapazitäten des Walliser Kurorts Grächen voll nutzbar zu machen, setzte die Schweizer Regierung nach jahrelangem Rechtsstreit jetzt sogar einschlägige Bestimmungen außer Kraft: In einem Gebiet, das nur wenig zum Skifahren geeignet ist, bewilligten die Landesväter mit dem Bau einer neuen Luftseilbahn auch die – eigentlich verbotene – großflächige Planierung von 15 Hektar Bergwiesen sowie die Sprengung von Felsblöcken, um das Gelände skigängig zu machen.

Solche Taten haben im Kanton Graubünden die Fremdenverkehrsbremser erst richtig motiviert: Sie sehen, in der eigenen Umgebung, daß die offizielle Politik kurzfristig einigen Tourismus-Industriellen schnelle Gewinne verschafft, auf lange Sicht aber die Landschaft – die wichtigste Ressource des Gastgebers – zerstört.

Kenner der Reisebranche unterstützen die Wachstumsgegner. Professor Jost Krippendorf, Direktor des Forschungsinstituts für Fremdenverkehr der Universität Bern, verlangt schon gemeinsame Initiativen von Landwirtschaft und Fremdenverkehr: „Der Gast bleibt“, faßt er zusammen, „wenn auch die Kuh bleibt.“

Die ersten Gäste suchen die Kühe bereits anderswo, wie Weiss festgestellt hat. Clevere Reiseunternehmer, warnt er, werben schon für „von Bahnen und Liften unberührte, herrliche Skitourengebiete“ – auf Kreta und in Marokko.

## ÖSTERREICH

### Schmerzlich, schmerzlich

**Österreichs Elektrizitätswirtschaft ist in Not. Fast alle Kraftwerksprojekte werden von Umweltschützern bekämpft.**

Das Vaterland ehrte ihn mit sieben hohen und höchsten Orden. Eine „makellose Berufslaufbahn“, so die Selbstdarstellung, bescherte ihm „acht akademische Dienst- und Berufstitel“.

Nun aber fühlt sich Walter Fremuth, Generaldirektor der staatlichen Elektrizitäts-Verbundgesellschaft und somit Österreichs oberster Strom-Manager, vom Volk verlassen.

Kernkraftwerks Zwentendorf entschieden hatten, das seither ungenutzt da steht, sollte Fremuth intensiver als bisher für Strom aus Wasserkraft und Kohle sorgen.

Dazu hielt er bis 1990 den Bau von rund 90 Kraftwerken für nötig – andernfalls drohe dem Alpenland Österreich eine große Finsternis.

Doch all seiner Entschiedenheit zum Trotz lief die neue Kraftwerkspolitik nur zäh an, wurde der Bau jedes neuen E-Werks zu einer neuen Kraftprobe für den Wiener Verbundchef.

Was auch die Elektrizitätproduzenten versuchten, immer hagelte es Proteste. Österreich bezieht fast 72 Prozent seines Stroms aus der Wasserkraft – mehr als jeder andere europäische Staat mit Ausnahme Norwegens. Es hat seine Quel-



Prinz Philip in der Hainburger Au: „Links und rechts kein Frosch“

„Die ganze E-Branche ist zum Prügelnaben der Nation geworden“, klagt er. Sein Kopf und seine Aktenschranke stecken voller mühsam geplanter Kraftwerksprojekte, deren Realisierung nur nach schweren Kämpfen gegen den „Druck der Straße“ (Fremuth) oder gar nicht mehr möglich sein wird: „Ich frage mich, ob es überhaupt noch ein Kraftwerk gibt, das wir bauen dürfen.“

Gerade zum Kraftwerkbauen war der damalige Bankier Fremuth 1979 geholt worden. Als strammer Marxist und energischer Frontsoldat des technischen Fortschritts, begab überdies mit kompromißlosem Juristenverstand, schien er der richtige Mann, um die österreichische Energiewirtschaft nach ihrem Atomstoch wieder flott zu machen.

Da sich die Österreicher in einer spektakulären Volksabstimmung im November 1978 gegen die Inbetriebnahme des bereits schlüsselfertigen 692-Megawatt-

len, Fluß- und Bachläufe weitgehend genutzt. Eine zusätzliche Ausbeutung greift automatisch die letzten Naturreserve an.

Das Kraftwerksprojekt Osttirol ist für die Grünen ein „Mord an den Umbal-Wasserfällen“, die geplante Staustufe Oberaudorf-Ebbs bei Kufstein eine „Hinrichtung der Inn-Landschaft“, das Bauvorhaben im Salzburgerischen ein „Verbrechen am Nationalpark Hohe Tauern“.

Auf etliche seiner Lieblingsideen wie das Donaufwerk Wachau und die Totalnutzung des Kamptals mußte Fremuth bereits verzichten („schmerzlich, schmerzlich“). Und von den vorgesehenen 31 (statt 90) Kraftwerken dürften allenfalls 6 in Betrieb gehen.

Wohl am härtesten ist der grüne Widerstand gegen die staatlich verordnete Umweltzerstörung durch ein Donaufwerk bei Hainburg nahe der tsche-